

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 28 (1934)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mer wieder aus: Es handelt sich bei der deutschen Revolution um einen Kampf um die *Weltanschauung*, und was für eine er meint, ist deutlich genug.

Aber der deutsche Protestantismus als *Kirche* ist in vollem Zusammenbruch. Kein Wunder, daß viele sich von der Hitler-Kirche zur Papst-Kirche wenden. Zwar soll die Nachricht von den sechshundert Pastoren, die unter Führung Karl Thiemes zur römischen Kirche übertreten seien, gewaltig übertrieben sein. Aber nichts ist einleuchtender, als daß viele auf diesen Weg gelangen müssen. Wenn nur Rom selbst nicht auch durch seinen Bund mit Mussolini, Hitler und Dollfuß das Gericht auf sich gezogen hätte! Es muß aber auch wiederholt werden, daß die Art, wie die protestantische Opposition dem „Deutschen Christentum“ entgegentritt, zwar durch ihre heroische Entschlossenheit höchsten Respekt verdient, aber in letzter Instanz doch nicht genügen wird. Denn sie ist zu sehr bloße Wiederbelebung der altprotestantischen Theologie. Dieser Art gegenüber hat das „Deutsche Christentum“ ein gewisses Recht, weil in ihm, wenn auch in sehr irriger Form, etwas von der Erkenntnis eines *lebendigen* Gottes lebt. Nein, der Sinn dieses deutschen Kampfes und Zusammenbruches ist, daß es über die Kirche und das Luthertum, wie schließlich auch das Calvinium, zu Christus geht, zum Reiche, zur Gemeinde des Reiches. Und das ist freilich etwas Gewaltiges. *Veni, Creator Spiritus!*

15. Mai 1934.

Leonhard Ragaz.



Rundschau

Zur Chronik.

I. Zur Abrüstungs- und Friedensbewegung. 1. Die *Aufrüstung* geht fieberhaft weiter. *Japan* verwendet 44% seines Budgets offen auf das Militär, einen andern Teil wohl noch versteckter Weise. Beliefert wird es dabei freundschaftlich von all seinen Gegnern. — Die *Vereinigten Staaten* wollen 570 Millionen Dollar für ihre Flotte aufwenden, sie zur vollen durch den Washingtoner Vertrag erlaubten Stärke ausbauend. — *Frankreich* hat ein neues, allen bisherigen Konstruktionen überlegenes Unterseeboot „*Surcouf*“ gebaut und will ein 26,000 Tonnen-Kriegsschiff mit Begleitung hinzufügen; *Italien* baut ein 25,000 Tonnen Kriegsschiff dieser Art; *England* setzt für die Verstärkung der Flotte gegen 1½ Milliarden Schweizerfranken aus, es baut vier Kreuzer und 20 andere Kriegsschiffe und denkt an die Schaffung einer gewaltigen Luftflotte. *Deutschland* kaufte allein in den Vereinigten Staaten im Januar und Februar für 650,000 Dollar Rüstungsmaterial, gegen 349,000 im ganzen Jahre 1933. Seine ganze mit der Rüstung verbundene Industrie hat um 94% zugenommen. — Neue Mordmaschinen und Mordmethoden werden unaufhörlich erfunden.

Im *englischen* Parlament muß zugegeben werden, daß die große englische Rüstungsfirma *Vickers-Armstrong* ihre neuesten Tanks in der offiziellen deutschen Militärwochenchrift angeboten hat. Die *Roll Royce-Werke* aber haben mit Wissen

der Regierung massenhaft Flugzeugmotoren an Deutschland geliefert. Auch *Bolivien und Paraguay* werden für ihren mörderischen Chaco-Krieg von den Völkerbundsstaaten, die diesen verhindern sollten, bereitwillig mit Waffen und Munition versorgt. — In den Vereinigten Staaten ist eine Kommission (Nye Kommission) eingesetzt worden, welche die Praktiken der Rüstungsindustrie untersuchen soll. — Daladier hat vor der Untersuchungskommission im Falle Stawisky erklärt, daß vier Fünftel der Pariser Zeitungen subventioniert seien. Von wem?

2. *Militarismus und Antimilitarismus*. Die am Aufstand des holländischen Kriegsschiffes „Die Sieben Provinzen“ beteiligten Offiziere sind zu ein bis drei Jahren Gefängnis und Degradierung verurteilt worden.

Am 13. Mai haben in den Vereinigten Staaten *große Demonstrationen von Studenten und Professoren gegen Krieg und Militarismus* und besonders gegen die militärischen Übungen der höheren Schulen stattgefunden. (Man bedenke: Studenten und Professoren gegen Krieg und Militarismus!) Veranstaltet wurden sie von der National Student League (= nationaler Studentenbund) und der League for industrial Democracy (= Bund für Industriedemokratie).

Gegen eine beleidigende Herabsetzung der *Dienstverweigerer* durch Professor Philipp Bridel von der theologischen Fakultät in Lausanne, den Herausgeber der Werke Vinets, in der „Gazette de Lausanne“ hat unser Freund Jeanmarie in der „Sentinelle“ sehr stark und schön geantwortet. Wie traurig, daß Vinets Erbe gerade da, wo Vinets stärkste Eigentümlichkeit die Verteidigung des Rechtes des individuellen Gewissens in Betracht kommt, so verwaltet wird.

Hans Anderfuhren in Zürich ist wegen erneuter Verweigerung der Militärsteuer zu zehn Tagen Haft und zwei Jahren Entzug der bürgerlichen Rechte (Anderfuhren ist u. a. sozialistischer Kantonsrat!) verurteilt worden. Die Schärfe des Urteils, gegen dessen anfängliche, nach seiner Meinung zu große Milde der Staatsanwalt Eugster vom Bezirksgericht ans Obergericht appelliert hatte, wurde damit begründet, daß er wegen diesem Vergehen schon wiederholt bestraft worden sei. Wer also zeigt, daß er dem *Gewissen* gehorcht hat, nicht einer Laune, ist doppelt strafwürdig! So weit also ist in der ethischen Logik auch ein Zürcher Obergericht gekommen. Und wer dem Vaterland nicht den höchsten Dienst leisten wolle, sei auch nicht würdig, seine Rechte zu genießen. Ein Alkoholiker und Verführer genießt diese ruhig, wenn er seinen Militärdienst tut, aber ein Anderfuhren, der all seine Kraft und Zeit, sowohl als Leiter einer Siedlung, wie bei den „Kinderfreunden“, den Mitmenschen widmet, ist ihrer nicht würdig. Denn an der Stellung zum Militär wird der Wert eines Menschen gemessen!

Kagawa, der „Apostel“ Japans, sei wegen seiner Stellung zum Vorgehen der Japaner in der Mandchurei und dem japanischen Imperialismus überhaupt mit seinen vielen sozialen Werken in große Not geraten und sehr der Unterstützung bedürftig.

Eine Reihe von *holländischen Professoren*, darunter Heering und van Embden, haben einen Aufruf erlassen, worin sie es als der Wissenschaft unwürdig erklären, wenn diese ihre Arbeit in den Dienst des Krieges und seiner Vorbereitung stelle. Es ist darob zu großen Auseinandersetzungen sowohl in der Ersten Kammer als in der Öffentlichkeit gekommen, ähnlich wie es bei uns der Fall wäre, nur daß es bei uns keine Professoren gibt (ordentliche!) die einen solchen Aufruf erließen und keine bürgerliche Zeitung, die zu ihnen stünde.

Die Geistlichkeit der *amerikanischen Kirche* hat beschlossen, die Aktien der großen Rüstungsfirma Vickers-Armstrong, die im Besitz ihrer Pensionskasse waren, abzustößen. Eine sehr bemerkenswerte Tat!

Hendrik de Man hat in dem belgischen Sozialistenblatt „Le Peuple“ über das Problem der „Landesverteidigung“ wichtige Artikel veröffentlicht, die sich stark mit den von uns vertretenen Ueberzeugungen decken.

II. *Zum wirtschaftlichen und sozialen Leben. Roosevelts Experiment.* Es wird eine starke Erhöhung der Steuern auf die großen Vermögen mit Veröffentlichung der Register in Aussicht genommen. Die Baumwollproduktion wird starken Beschränkungen unterworfen. Die NIRA hat sich genötigt gesehen, die kleinen Betriebe von ihren Bestimmungen zu befreien. Die Civil Works Administration (d. h. die offizielle Verwaltungseinrichtung für Arbeitsbeschaffung) ist vorläufig eingestellt, man hofft auf andere Arten von Hilfe. Der Streik der Chauffeure in New York und St. Louis (wegen Lohnfragen?) ist gescheitert. Der Eisenbahnerkonflikt ist durch Roosevelts Vermittlung beigelegt. Man hat sich auf eine Lohnsenkung von 10% geeinigt. In der Automobilindustrie, besonders in Cleveland und St. Louis, finden große Streikbewegungen zur Durchsetzung der Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation statt. Eine von Senator Wagner eingebrachte Bill soll diese nach Möglichkeit sichern. Es wird behauptet, daß die Company Unions durch ihre Legalisierung gestärkt worden seien, trotzdem nun die freie Organisation auch legal geworden ist.

Roosevelt hat ein Buch mit dem Titel „Our Way“ (Unser Weg) veröffentlicht; das lese, wer diesen wichtigen Dingen nachgehen will und kann.

III. *Zu Sozialismus, Kommunismus, Faschismus.* I. Der 1. Mai ist in den Vereinigten Staaten gefeiert worden wie noch nie. In New York hätten sich viele Zehntausende zusammengefunden. Da und dort hat sich für diesen Tag die Einheitsfront gebildet, besonders in Frankreich, aber auch in Lausanne.

Die holländische Sozialdemokratie hat an ihrem Osterkongress auch das Thema der Landesverteidigung behandelt. Auch hier zeigte sich der Einfluß der neuen Lage. Man ging zwar nicht so weit, „vorbehaltlos“ der militärischen Landesverteidigung zuzustimmen, obschon es auch an solchen Stimmen nicht ganz fehlte, aber man ließ einen früheren Beschluß fallen, wonach man sich jedem Krieg ohne Ausnahme widersetzen würde, wenn nötig durch Generalstreik. Unser Freund William Banning, der Führer der Religiösen Sozialisten, hat sehr entschieden den radikalen Standpunkt vertreten. — Daneben wurde im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Faschismus das Problem der Gewinnung der Bauern und des Mittelstandes in dem nun allgemein anerkannten Sinne behandelt.

Der Nationalrat der englischen Arbeiterpartei hat am 25. April u. a. folgendes beschlossen:

„Der Nationalrat fordert die Regierung dringend auf, alle nur möglichen Schritte zu tun, um Sowjet-Rußland, die Vereinigten Staaten von Amerika auf Grundlage des Kellog-Paktes in eine engere Verbindung mit dem Völkerbund zu bringen, mit ihnen einen Pakt zur Feststellung und Abwehr eines kriegerischen Angriffes einzugehen und an der Stärkung des Völkerbundes mit ganzem Herzen mitzuarbeiten.“

Einen Schlag für den Sozialismus (wohl auch für den „Arbeitsplan“ de Mans!) bedeutet der Zusammenbruch der belgischen *Banque du Travail* (Arbeiterbank), wie der der französischen *Banque des Coopératives* (Genossenschaftsbank). Endgiltig ist in beiden Fällen der Zusammenbruch nicht. In bezug auf die Ursachen liegt für uns noch keine unparteiische Klärung vor; jedenfalls trägt die Krise die Hauptschuld.

Die englische *Labour Party* gewinnt bei Wahlen ins Unterhaus immer neue, oft überraschende Siege.

In den Vereinigten Staaten ist wieder von der „Dritten Partei“ die Rede, die jedenfalls stark zum Sozialismus neigte. Ihr würden u. a. die Anhänger der Partei La Follettes und der Farmer Labour Party angehören. Daß auch in Italien der Widerstand des Sozialismus („Marxismus“) nicht tot ist, sondern nur auf die Stunde der Wiedererhebung wartet, beweist folgende Notiz:

„Eine Gruppe von 115 in der Fabrik von beschäftigten Arbeitern hat an die österreichischen Arbeiter den Betrag von 72 Lire gefendet, als Beweis ihrer Solidarität mit ihren Brüdern, die im Kampfe gegen den gemeinfamen Feind, den Faschismus, zu den Waffen gegriffen haben.

Der Betrag ist von einem Briefe begleitet, der folgendermaßen beginnt: „Mit der größten Begeisterung und Teilnahme haben wir Eueren heldenhaften Kampf gegen den gemeinfamen Feind, den Faschismus, begleitet. Euer Heldentum und Euere Festigkeit, womit ihr Euren entschiedenen Willen zum Siege bekräftigt habt, hat auch unsere Willenskraft gestärkt, mit welcher wir täglich gegen die faschistische Unterdrückung in unserem Lande kämpfen.“

Sie schreiben weiter: „Diesen Betrag von 72 Lire haben wir unter 115 Arbeitern unserer Fabrik gesammelt, wo 150 Arbeiter beschäftigt sind und einen mittleren Tageslohn von 14 Lire (3½ Fr.) verdienen. Es soll Euch beweisen, wie groß der Haß der italienischen Arbeiter gegen den aushungernden und gewalttätigen Faschismus ist, wie groß unsere Willenskraft im Kampfe ist, den wir zusammen mit Euch führen: für Brot, Arbeit, Freiheit und für den Sturz des Faschismus.“

2. *Stalins* Position hat sich stark befestigt, besonders durch die außenpolitischen Erfolge (neues Verhältnis zu Amerika; Abwehr Hitler-Deutschlands; Vertrag mit Polen; Stärkung gegen Japan durch England und Rußland und so fort), die aber wohl nicht gerade sein Verdienst sind. Einer der letzten einflußreichen Gegner *Stalins* und Freunde *Trotzkys*, *Rakowsky*, ist auf seine Seite getreten. Das Regime der G. P. U. (Geheimpolizei), dessen Chef *Menschinsky* kürzlich gestorben ist, soll gemildert, der törichte Marxismuskult in den Schulen stark beschränkt werden und so fort.

Die Wirtschaftslage scheint aber keineswegs glänzend zu sein. In der Ukraine herrsche fortwährend Hungersnot. Die Frühlingsausfaat könne nur ungenügend erfolgen. Eine in Schweden aufzunehmende Anleihe von 100 Millionen Kronen (= 200 Millionen Schweizerfranken) ist am Widerstand des schwedischen Parlamentes gescheitert.

Das Los des von Land zu Land gehetzten *Trotzky* muß als Schande für die heutige Gesellschaft empfinden, wer überhaupt noch ein humanes Fühlen hat, ganz gleich, wie er über *Trotzky* als Politiker denkt. Aber humanes Fühlen ist ja heute geradezu geächtet.

3. *Der Faschismus* breitet sich auch in Südafrika aus. Dort verbindet er sich mit dem Rassenhaß und der Rassenverachtung der Weißen gegen die Schwarzen. Ein Anhänger dieser Denkweise prügelt einen eingeborenen Tagelöhner wegen eines geringen Versehens zu Tode; ein anderer mißhandelt einen schwarzen Arbeiter schwer, weil er den zwei Monate rückständigen Lohn fordern möchte; ein dritter erschießt ein junges Negermädchen, das auf seinem Land ein paar Früchte ißt. Und so fort.

Es soll sogar (offenbar auch neben dem sogenannten Revisionismus) besonders in Polen und Palästina einen *jüdischen* Hitler-Faschismus geben. Non plus ultra!

In *England* suchen die Faschisten besonders die Gunst des Bauerntums zu gewinnen, indem sie sich gerichtlichem Vorgehen gegen verschuldete Pächter mit militärischem Aufzug widersetzen und mit Erfolg.

4. *Die Opfer*. Es soll 62,000 deutschen Emigranten, davon 21,000 in Frankreich, 10,000 in Palästina, 8000 in Polen, 2500 in der Schweiz und so fort, geben. Welch ein Meer von Jammer und doch nur ein Teil des vom Faschismus erzeugten. An Stelle der von der „Caritas“ verhinderten *österreichischen Arbeiterkinder* sollen nun wenigstens einige hundert Emigrantenkinder aus Paris in die Schweiz kommen. Ein gutes Werk! Denn die Not dieser Kreise ist oft riesengroß und bedeutet oft schwere Hungersnot.

Die Republik des *Libanon* habe den Juden Wohnsitze angeboten.

5. Ein *Evangelisch-sozialer Kongreß*, an dem sich auch Bundesrat Schultheß beteiligte (wie kommt Saul unter die Propheten?) hat Ende April in Zürich stattgefunden.

IV. *Schweizerisches*. 1. Eine in Zürich stattfindende Tagung des (katholischen) *Schweizerischen Studentenvereins* hat sich ausschließlich mit der Frage der *Korporationen* beschäftigt. Die *Neue Helvetische Gesellschaft* hat auf ihrer Jahresversammlung in Vevey die Lage der Landwirtschaft und des Auslandschweizertums verhandelt, die *Vereinigung für den Völkerbund* in Lausanne das Führerproblem als Teilproblem des Völkerbundsproblems, die *Jungliberale Vereinigung* auf ihrer Tagung in Olten neben der Verfassungsrevision den von ihr geforderten obligatorischen Arbeitsdienst.

2. Der *Gewerkschaftsbund* (der die Totalrevision ablehnt) hat ein umfassendes Programm zur Ueberwindung der Krise aufgestellt, das als gemeinsames Programm einer „Nationalen Aktionsgemeinschaft“ dienen soll, zu der möglichst alle antikapitalistischen Kreise zugezogen werden sollen.

Der Bundesrat hat ein Programm der *Bauernhilfe* herausgegeben. Im Berner Oberland hat sich eine *bäuerliche Notgemeinschaft* für Selbsthilfe gebildet. Nach Professor Laurs Berechnung (er gibt auch ein solches Programm heraus) beträgt die Gesamtverschuldung der schweizerischen Landwirtschaft fünf Milliarden Franken, 50 Prozent des Gesamtkapitals. Davon sei eine Milliarde durch den Ertragswert nicht gedeckt und müßte durch den Bund abgelöst werden. 25 Prozent aller Güter seien hoch verschuldet. Da ist Hilfe schon sehr nötig und dringlich.

Die *Arbeitslosigkeit* ist von 91,000 auf 54,000, also um 45,000 gesunken. — Die Basler Gesellschaft für *Chemische Industrie* habe 25 Prozent faktische Dividenden ausbezahlt, die Gesellschaft *Nestlé* (die behauptet Cham aus Mangel an Rentabilität verlassen zu müssen und damit große Not schuf) 14 Prozent.

3. Bei den *Berner Wahlen* haben die Heimatwehr (im Berner Oberland) 3, die Freigedler (in der Stadt Bern) 1 Mandat erobert, die „Nationale Front“ und die Kommunisten sind leer ausgegangen. Die Bauern- und Bürgerpartei und die Katholisch-Konservativen haben ihre Mandate behauptet, die Freisinnigen sind die Besiegten, die Sozialisten mit 10 gewonnenen Mandaten und bedeutenden Stimmenzuwachs die Sieger. Alles sehr bezeichnend!

4. In der *sozialdemokratischen Partei von Basel* scheint nach langen Kämpfen zwar nicht die Person Schneiders, aber die Parteilinke gesiegt zu haben. — In *Zürich* unterlagen die Jungsozialisten mit ihrer Liste für den neuen Parteivorstand. Die Regie hatte gut gegen sie gearbeitet. Doch sind sie nun im Parteivorstand durch mehrere Mitglieder vertreten und haben in Sachfragen sicher die Mehrheit hinter sich.

5. Die *Fonjallaz-Faschisten* haben in Italien antifaschistische Schweizer denunziert. Ihr Organ „*Il fascista Svizzero*“ sollte daraufhin suspendiert werden, hat aber sein Erscheinen vorher selbst eingestellt. Auch die sozialistische „*Libera Stampa*“, in der Tonellos Gedicht erschien, ist gemäßregelt worden.

Von der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung ist eine *Initiative für den Schutz der Pressefreiheit* geplant. Gewiß etwas sehr Notwendiges. Die vorgeschlagene Formulierung scheint mir aber nicht glücklich; sie verlangt zu wenig und ist nicht volkstümlich gefaßt.

Nach einem durch Indiskretion veröffentlichten Schreiben des Vorsitzenden ist scheinbar auch ein *Referendum gegen das Pressegesetz* (oder besser: Pressediktat) geplant, aber verschleppt worden. Wie steht es wohl damit?

6. Die Nationalsozialisten sollen *Spionage* in Banken (auf geflüchtete deutsche Gelder hin), ja sogar bei der Post betreiben. Aufpassen ist auf alle Fälle nötig.

Ein hervorragender schweizerischer Theologe, *Wilhelm Vischer*, theologischer Lehrer für das Alte Testament an der von Bodelschwingh gegründeten Freien

theologischen Schule zu Bethel, mußte seine Stelle verlassen, weil er den Nazi nicht genehm sei. Man fordert Repressalien! Sagen wir lieber: Mehr geraden Rücken und Besitzer von solchen!

V. Von Natur und Kultur.

Schwere *Bergwerkskatastrophen* haben in *Rakanje* (Polen), *Buggingen* (Baden) und *Mons* (Belgien) stattgefunden, mit 140 Todesopfern am ersten, 86 am zweiten, 54 am dritten Ort. Und wieviel Herzeleid und Not als Folge! Die *fünf Feuersbrünste*, die in Zürich-Außer-Rodach während einer Nacht angezündet wurden, sprechen auch eine beredte Sprache. Ebenso die Ermordung seiner Frau durch den Franzosen *Henriot*. Ein Ehemann, der seine Gattin in eine hohe Lebensversicherung zwingt, um sie dann zu töten und die Summe einzuziehen zu können!

Furchtbare *Hitze* hat in Amerika und Europa zerstörend gewirkt. Ueber das biblische *Tiberias* ist eine schwere Gewitterkatastrophe gekommen.

VI. Zu den Vorgängen in der deutschen protestantischen Kirche.

a) Der Vorstand des Kirchenbundes hat die Mitteilung der deutschen evangelischen Kirche, daß ein kirchliches Außenamt eingerichtet wurde zur Pflege der Beziehungen mit den ausländischen Kirchen, mit folgendem Brief beantwortet:

„Wir dürfen Sie versichern, daß die schweizerischen Reformationskirchen herzlichen Anteil nehmen an dem schweren Ringen unserer deutschen Glaubensgenossen um den Neubau ihrer Kirche und die Erhaltung ihrer reformatorischen Eigenart. Wir wissen uns mit vielen Kirchen des evangelischen Auslandes völlig eins im Verständnis für die rechtmäßigen Bemühungen um die Einheit der deutschen Kirche, für die Neubefinnung auf die Wahrheit der evangelischen Botschaft und ihre Anwendung auf eine neue Zeit.

Aber wir können Ihnen die wachsende Besorgnis nicht verhehlen, die sich auch in unseren Kirchen kundgibt, daß die Ereignisse der jüngsten Zeit es der deutschen evangelischen Kirche erschweren müssen, ihren reformatorischen Charakter zu erhalten und sich neu aufzubauen mit der Freiheit, deren eine evangelische Kirche für ihre Verkündigung und für ihr Leben bedarf.

Wir nehmen durchaus teil an dem geistigen Kampf unserer deutschen Glaubensgenossen um eine Stärkung und Vertiefung evangelischen Lebens mitten in Staat und Volk. Aber wir sind nicht minder interessiert an der Aufrechterhaltung jener weiteren Glaubensgemeinschaft, die aus der Reformation hervorgegangen ist und in der ökumenischen Bewegung einen weiten Kreis von evangelischen Kirchen umfaßt und würden es aufs tiefste bedauern, wenn diese neu gewonnene Lebens- und Arbeitsgemeinschaft durch die religiöse Entwicklung und kirchenpolitische Maßnahmen im Ursprungsland der Reformation geschwächt würde.

In der beiliegenden Erklärung versuchten wir, aus unserer eigenen Befinnung auf die Grundlagen jener Jahrhunderte alten Gemeinschaft die Grundsätze auszusprechen, die uns auch für die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zu andern Kirchen der Reformation wichtig zu sein scheinen.

Wir wünschen unseren deutschen Glaubensgenossen, die im Kampf um die kirchliche Ausgestaltung dieser reformatorischen Grundsätze stehen, von ganzem Herzen ein besonderes Maß jenes uns verheißenden Geistes, der uns in alle Wahrheit leiten wird.“

b) Folgender Brief wurde von 610 Pfarrern und Theologiedozenten unterzeichnet und an Pfarrer Niemöller, Vorsitzender des deutschen Pfarrernotbundes, gerichtet:

„Sehr geehrte, liebe Amtsbrüder! Mit wachsender Teilnahme hören wir von den stets neuen Bedrängnissen, die Sie von Seiten der „Deutschen Christen“ und dem aus demselben hervorgegangenen gegenwärtigen Kirchenregiment zu erleiden haben. Es ist uns ein Bedürfnis und eine Pflicht amtsbrüderlicher Solidarität, uns mit diesem Schreiben an Sie zu wenden und es Ihnen auszusprechen, daß wir

uns in Ihrem Kampf für die reine Verkündigung des Evangeliums und für die Freiheit der Kirche geschlossen auf Ihre Seite stellen und uns mit Ihnen gegen Ihre Widerfacher im Glauben verbunden wissen. Wir wissen uns mit Ihnen einzig in der Verpflichtung zu einer unverfälschten Predigt des Wortes Gottes, im Bekenntnis zu dem einen Herrn und Gebieter seiner Gemeinde. „Die heilige christliche Kirche, deren einzig Haupt Christus ist, ist aus dem Worte Gottes geboren; darinnen bleibt sie und hört nicht die Stimme eines Fremden.“

Wir sagen Ihnen Dank, daß Sie bis dahin die Sache der Kirche Jesu Christi in Ihrem Volk und Vaterland aller Anfeindung und Gewaltübung zum Trotz tapfer und unter schweren persönlichen Opfern vertreten haben. Ihr und Ihrer Gemeinden Widerstand ist uns und allen ernsthaften evangelischen Christen eine Glaubensstärkung. Sie kämpfen und leiden für die Erhaltung und Erneuerung der Kirche weit über Ihr Vaterland hinaus. Eben darum dürfen wir Sie bitten: Lassen Sie sich nicht beirren in diesem Kampf, der Ihnen verordnet ist! Halten Sie Ihre Front bis zum Aeußersten! „Da gilt es mitten durch die Verzweiflung hindurchzubrechen. Gott will, daß sein Evangelium gepredigt werde.“

Es soll Ihnen zur Stärkung in Ihrem Kampfe dienen, zu wissen, daß wir im Geiste fest mit Ihnen verbunden sind und daß wir Gott für Sie bitten, er möge nicht ablassen, Ihnen Kraft zu einem mutigen Zeugnis und zum Ausharren zu verleihen. Wir getrösten uns dabei mit Ihnen der Verheißung, die der Herr Jesus Christus seiner Gemeinde gegeben hat, daß auch die Pforten der Hölle sie nicht überwältigen sollen. Wir grüßen Sie in brüderlicher Gemeinschaft!“

Die „Gottlosen-Ausstellung“, die gegenwärtig in Zürich ist, wird von einer „Internationalen Arbeitsgemeinschaft Pro Deo (Für Gott!)“ veranstaltet.

16. Mai.

Zur schweizerischen Lage.

An der schweizerischen Lage, soweit sie sich auf der Oberfläche zeigt, treten zwei Züge besonders deutlich hervor: das immer raschere und ungehemmtere Hinabgleiten auf der Bahn der geistverlassensten Reaktion und die zunehmende Niederträchtigkeit der Haltung gegenüber den Ansprüchen der kleinen und großen Diktatoren ringsum.

Die ganze geistige Verrohung, deren Produkt und Erscheinungsform die *Reaktion* darstellt, ist in dem *Bombenattentat von Zürich* und seinen Folgeerscheinungen hervorgetreten. Die Leser erinnern sich wohl daran, daß im letzten Sommer nächtlicherweise eine Bombe in die Wohnung des Redaktors Grau vom „Volksrecht“ in Zürich geworfen worden ist, die nur durch „Zufall“ bloß Sachschaden anrichtete und sehr leicht Menschenleben hätte zerstören können, worauf sie auch berechnet war. Der Verdacht fiel sofort auf Mitglieder der „Nationalen Front“, die auf diese einfache Art die Erneuerung der Schweiz herbeiführen wollten. Diese wehrten sich gegen diesen Verdacht mit Pathos und Geschrei und veranstalteten, doch sicherlich wissend, wie die Dinge stünden, noch kürzlich eine große Demonstrationsversammlung zur Bekundung ihrer beleidigten Unschuld gegen die den Fall untersuchende Gerichtsbehörde. Und nun ist es herausgekommen, daß jener Verdacht mehr als berechtigt war. Denn es sind sogar hervorragende Mitglieder der „Front“ an der Sache beteiligt, darunter ein Doktor juris und Millionärssohn, der noch vor kurzem sogar an einem Gerichte tätig war. Statt nun über eine solche Verirrung der politischen Leidenschaft tief zu erschrecken und sie ernstlich so zu verurteilen, wie es notwendig gewesen wäre, hat man zwar die Beteiligten desavouiert und wenigstens zum Schein ausgeschlossen, im übrigen aber deutlich gezeigt, wie wenig man sich daraus ein Gewissen mache, und die Schuld auf die „Marxisten“ abzuwälzen versucht, die ja, neben dem „Liberalismus“, an *allem* schuld sind. Die ganze Affäre läßt tief in eine furchtbare Verderbnis

blicken und zeigt, was bevorsteht, wenn wir auf *diesem* Weg zur „Erneuerung der Schweiz“ weitergehen.

Nicht weniger traurig sind aber, nur im passiven Sinne, die Fälle Angelo Tonello und Friedrich Adler. *Angelo Tonello* ist ein alter sozialistischer Gegner des Faschismus, der vor dem Mussolini-Terror in der Schweiz Zuflucht gesucht hat, mit mythischen Assoziationen im Kopf wie „Rütli“, „Land Wilhelm Tells“, „Land der Freiheit“, „Hochburg der Demokratie“. Er hat dann freilich bald eine gründliche Ernüchterung erfahren und ist nur durch den Umstand, daß es im Tessin noch einen Rest von demokratischem Freiheitsinn gibt, vor der Ausweisung bewahrt worden. Da er aber kein Schweizer (der neuen Art) ist und überhaupt ein Mensch mit Herz und Seele, so haben die österreichischen Vorgänge ihm ein Gedicht entlockt, worin er den „frommen“ Diktator Dollfuß neben den Galgen stellt, den dieser ja reichlich benutzt hat, und vom Papste erklärt, daß er mit einem Kreuze vorlieb nehme, dem der obere Arm weggenommen worden sei. Wahrscheinlich waren dem armen Freiheitskämpfer, der ja auch ein Dichter ist, wieder Erinnerungen an Tell und die Freiheitskämpfe der alten Schweizer gegen das Habsburgische Oesterreich gekommen und hat er gar gemeint, mit der Empörung über die blutige Niederwerfung von Volksgenossen, die sich für Demokratie, Freiheit, Recht und Verfassung wehrten, im Einklang mit dem Herzen des Schweizervolkes zu empfinden. Aber er hatte nicht mit Motta und der Motta-Schweiz gerechnet. Motta ist ja der Bewunderer und Freund sowohl Mussolinis als Dollfußens. Und nun hat er seine Ausweisung aus dem Lande, in dem nicht mehr Tell, sondern Geßler gilt, und muß sehen, wo er sonst eine Zuflucht vor Mussolinis Schergen findet. Die Sache ist aber so, daß *Tonello die einfache Wahrheit gesagt hat*, und zwar auf eine satirische, aber geistvolle Weise. Dollfuß *hat* nun einmal im Namen Gottes mit dem Galgen gegen Freiheitskämpfer operiert und der Papst (d. h. die Kirche) hat, jedenfalls *öffentlich*, dazu geschwiegen und den Gewinn akzeptiert. Das liegt sonnenklar zutage. Und das ist dann in den Augen der „Neuen Zürcher Zeitung“ eine „unflätige Beschimpfung“. Sie braucht dazu wiederholt diesen Ausdruck. Ueber weltliche und geistliche Tyrannitäten, gegen welche gehalten die alten „Vögte“ die reinsten Freiheitskämpfer und Friedenshelden waren, die Wahrheit zu sagen, die einfache, sonnenklare Wahrheit, ist in den Augen dieser neuen „fest auf vaterländischem Boden stehenden“ Schweizer „unflätige Beschimpfung“. So wird von diesen Leuten die Schweiz „verteidigt“. ¹⁾

Nicht minder schmähhlich, ja wohl noch schmähhlicher, ist der Fall *Adler*. Hier hat die „Neue Zürcher Zeitung“ in Artikeln von nicht mehr zu überbietender Niedrigkeit der Gesinnung das Zeichen zur Hetze gegeben. Friedrich Adler hatte unmittelbar nach den österreichischen Ereignissen auf die Aufforderung der Partei hin in Versammlungen der zürcherischen Arbeiterschaft über jene Vorgänge ein Wort gesagt. Es war ein sehr gehaltenes Wort, ein durchaus edles, vornehmes Wort, das dem so hart getroffenen Manne in jenen Tagen gewiß schwer fiel. Nichts war natürlicher, als daß ein Mann, der den Dingen so nahe stand, zu den Zürcher Arbeitern ein Wort darüber sagte. Kein Mensch mit einem Rest von Sinn für das Rechte konnte daran Anstoß nehmen. Auch die „Neue Zürcher Zeitung“ hat damals nichts darüber gesagt. Inzwischen aber ist ihr offenbar die große

¹⁾ Ich habe sowohl Bild als Gedicht selbst geprüft. Beide haben von ferne nichts „Unflätiges“ an sich, sondern sind, im Rahmen der Satire, durchaus edel gehalten. Man könnte der „Neuen Zürcher Zeitung“ gratulieren, wenn sie so viel Geist und Witz hätte und nie unter dieses Niveau fänke.

Daß es auch im Tessin Leute gibt, die diese Aktion Mottas als das zu beurteilen wissen, was sie ist, beweist folgende Aeußerung der jungliberalen „Avanguardia“: „Die Zeit des liberalen, demokratischen und republikanischen Selbstbewußtseins ist in der Schweiz vorüber.“

Freude über das in Oesterreich Geschehene gekommen. Auch sagt sie sich, der Zeitpunkt sei günstig, einen Vorstoß gegen diesen Posten des Sozialismus, das Sekretariat der Zweiten Internationale in Zürich, zu unternehmen, als Teilaktion in dem ganzen Vorstoß gegen den Sozialismus überhaupt. Ein Brief, den Adler an den Präsidenten des zur Aufoktroierung der neuen Verfassung nun einberufenen österreichischen Nationalrates richtete und in dem er verlangte, als gewähltes Mitglied ebenfalls einberufen zu werden, welcher Brief in dem Bulletin der „Internationale“ erschien, gab ihr den erwünschten Anlaß.

Vorher schon hatte im Kantonsrate Doktor *Fritz Hunziker*, Professor am Gymnasium, einen Vorstoß gegen Adler und seinen Adlatus Adolf Sturmthal, vor allem aber gegen *Anna Siemsen*, die ihm als „Kollegin“ besonders im Wege zu sein scheint, unternommen, ein wenig anständiger im Stil, in der Sache ebenso unanständig. Denn wenn irgend etwas in der Welt unanständig im schlimmsten Sinne ist, so ist es die Anfechtung und Bedrängung von Verfolgten, und für einen Schweizer ist es doppelt unanständig, wenn der von ihm Angefochtene und Bedrängte ein für die *Freiheit* Verfolgter ist. Wahrscheinlich will Professor Hunziker ein Christ sein, schon aus Konservatismus, und auch die „Neue Zürcher Zeitung“ protegiert ja den lieben Gott und hält sich einige Theologen: Haben denn diese Leute nie in der Bibel davon gelesen, daß dort der „*Fremdling*“ in den besonderen Schutz Gottes gestellt ist? Ist es dann nicht Gottlosigkeit im echten Sinne des Wortes, diese „Fremdlinge“ zu mißhandeln, schwer bedrängte Menschen noch mehr zu bedrängen?

Den Gipfel erreichte diese ganze Schande in einer weiteren Kantonsrats-sitzung, worin sich ein Winterthurer „Demokrat“ *Boßhart*, der auch den Dokortitel trägt und der uns nicht unbekannt Verfolger der Dienstverweigerer, Staatsanwalt *Eugster*, hervortat. Jener ging sogar so weit, Adler ein „Subjekt“ zu nennen. Es wurde Adler dabei besonders fein gegen den Minister Stürkh verübtes Attentat als „Mord“ und Verbrechen angerechnet. Und was man an Gemeinheit und Dummheit dazu nur wünschen kann! Der Zürcher Regierungsrat hat sich nicht den Wünschen der „Neuen Zürcher Zeitung“ und ihrer Geistesverwandten gefügt, wohl aber der Bundesrat, indem er die Erwartung ausspricht, Adler werde selber die Konsequenzen ziehen und das Land verlassen.

Ich bemerke zur Sache selbst: Es ist eine Ehre für die Schweiz und für Zürich, daß sie die Zweite Internationale beherbergen dürfen und es wird eine Schande für sie sein, wenn sie die Schweiz verlassen müssen, weil die Schweiz, wie Otto Lang im Großrat richtig bemerkte, nur noch das Land der Hoteliers und Vaterland der Reichen ist. Nie hat sich das Sekretariat oder die Internationale selbst auch nur von ferne in schweizerische Angelegenheiten eingemischt. Wenn das Sekretariat auf Spitzbergen seinen Sitz gehabt, so hätte es die Schweiz nicht weniger berühren können. Die Politik der Internationale aber, die im wesentlichen eine Unterstützung der Bestrebungen des Völkerbundes war, bedeutete direkt eine Unterstützung der Lebensinteressen der Schweiz. Und eine solche Macht (eine Macht ist es immer noch!) sollen wir uns verfeinden und aus dem Lande vertreiben, nur weil die Vertreter des Großbesitzes sich gegen alles, was sozialistisch heißt, so verhalten, wie jenes bekannte intelligente Tier gegen das rote Tuch? So gehen diese Leute mit der Schweiz um! Wobei noch zu bemerken wäre, daß der Sozialismus eine Sache ist, welche von der größten Partei der Schweiz und zwei Fünftel ihrer Bürger vertreten wird, und daß es übrigens keinem Sozialisten einfiel, dagegen wußt zu tun, wenn etwa der Liberalismus in der Schweiz eine Zentrale in Form eines Sekretariates hätte. Man könnte ja auch gegen ein Zentralsekretariat der Friedensbewegung so vorgehen wie gegen das der Zweiten Internationale, und es gibt schon Leute, die das gerne täten, auch solche, die es tun und die nur noch geeichte und bewährte Reaktionäre und Anbeter des Geldsacks und Maschinengewehres im Hause Wilhelm Tells ließen.

Ich füge auch hinzu, daß ich selbst weder die Politik der Zweiten Internationale noch die persönliche Friedrich Adlers in allen Stücken billige. (Es ist, nebenbei gesagt, eine bittere Ironie, daß Adler bei uns eine Hauptstütze derjenigen Tendenz in der Sozialdemokratie war, welche gegen die Abrüstung ist!) Aber das hat mit dem Grundfätzlichen dieser Sache nichts zu schaffen. Und gerade als politischer Gegner Friedrich Adlers erhebe ich die Stimme umso stärker für die vollendete Lauterkeit und Vornehmheit seines Charakters und seines Wollens und die Höhe seiner Ziele. Auch seine an Stürkh verübte Tat ist aus dieser Gesinnung hervorgegangen, aus der Verzweiflung über den Fluch des Krieges und dem Willen, mit dem Opfer des eigenen Lebens den Bann zu brechen, der über den Völkern liege. Ich billige selbstverständlich diese Tat nicht, habe sie nie gebilligt, aber sie steht trotzdem unerreichbar hoch über der Gesinnung und Art seiner Ankläger. Von diesen aber ist eines zu verlangen: Sie sollen doch endlich fordern, daß man die Briefmarke mit dem Tell abschaffe und sie durch den Geßlerhut ersetze! Denn *das* ist ihre wahre Gesinnung.

Was aber Frau *Anna Siemsen* betrifft, mit der ich politisch auch nicht ganz einig gehe, so ist sie eine der edelsten und bedeutendsten Frauen und Menschen unserer Tage. Sie ist ein großer Segen für unsere Arbeiterschaft. Jedes Land darf auf einen solchen Gast stolz sein. Sie ragt an Geist, wie an Herz und Charakter weit über den Durchschnitt der Menschen hinaus. Ihr Wesen und Wirken ist dazu von vollendetem Takt. Wenn sie unter uns politisch im engeren Sinne des Wortes gewirkt hat, so nur auf zwei Linien: in der Vertiefung des Sozialismus und in der Bekämpfung des Nationalsozialismus. Aber wo der Geldsack gefährdet erscheint, oder ähnliche edle Motive im Spiele sind, da gilt Hitler mehr als die Rettung der Schweiz. Die Propaganda des Faschismus und Nazitums, welche den Untergang der Schweiz bedeuten, wird auf alle Weise begünstigt, ihre Bekämpfer bekämpft und vertrieben.

Alle diese Dinge charakterisieren die Einstellung eines großen Teils unserer bürgerlichen Welt, die um ihres Klasseninteresses willen die Schweiz auf alle Weise verrät und dabei mächtig in Patriotismus und Landesverteidigung macht.

Diese die Schweiz verratende Unterwürfigkeit gegen das diktatorische Ausland geht mit einer sich diktatorisch gebärdenden *Reaktion* Hand in Hand. Wenn Motta, nach der nun besonders bei den Diktatoren üblichen Weise, im Radio das Wort nimmt, um zu seinen Untertanen zu reden und sie, von der immerhin großen Unzufriedenheit über den „Presseknebel“ wissend, versichert, er gedenke sie nicht allzu strenge zu regieren, so tut er das in einem Tone des magistralen Hochmutes, der eben den kleinen Diktator, so ein wenig à la Dollfuß, verrät, und wenn der Bundesrat, dem Verlangen des Vereins der Schweizerpresse scheinbar nachgebend, eine Konfultativkommission für die Verwarnung an ungehorsame Blätter oder das Verbot von solchen annimmt, so kann man sich denken, welcher Art diese von ihm selbst ernannten Berater sein werden. Sie werden höchstens der Willkür einen Schein des Rechtes verleihen. Und in „Notfällen“ will der Bundesrat ohnehin tun, was ihm beliebt.

Der ganze Jammer der „Außenpolitik“ der heutigen Schweiz kommt auch in der Frage der *Anerkennung Rußlands zum Ausdruck*. Diese wird sich nun schwerlich mehr vermeiden lassen. Man wendet und dreht sich aber, um die Blamage möglichst zu verhüllen. Denn gegen Rußland hat man zur Abwechslung sich mächtig aufgebläht und den Großen gespielt. Da bedeutete das Beispiel der Schweiz auf einmal etwas! Jetzt ist es natürlich nicht ganz leicht, sich wieder klein zu machen.

Fügen wir zur Charakteristik der schweizerischen Lage noch ein Wort von Professor *Laur* hinzu, das in der Aprilnummer der „Bauernzeitung“ stand:

„Die Erfahrungen in Deutschland zeigen, daß man auch auf dem Boden des Faschismus gute Bauernpolitik treiben kann. Die Erhaltung des Bauertums ist schließlich wichtiger als die Erhaltung der Demokratie.“

Und ein dergestalt von allen Grundlagen der Schweiz abgekommenes, feiges, zerrissenes Bürgertum will eine *neue Bundesverfassung* schaffen! Dieser Plan ist nun in den Mittelpunkt der schweizerischen politischen Diskussion gerückt. Die dahinter stehende Absicht ist ganz klar: *Es soll eine Verfassung im Sinn und Geist der Reaktion und als Werkzeug der Reaktion geschaffen werden.* Die „Fronten“ zielen dabei auf den Faschismus ab, die Katholiken auf den „Ständestaat“ und die Ausmerzung des Jesuiten- und Klosterverbotes wie die Fernhaltung der Geistlichen von der Bundesversammlung. Aber die Liberalen? Wie kommen die Jungliberalen (denen die „Alten“ zuzwinkern, weil sie die Jungen nicht entfremden wollen, ohne daß sie selbst an die Sache glaubten) dazu, ebenfalls die Totalrevision zu fordern, die doch in erster Linie dem Liberalismus ein Ende bereiten will?

Die Antwort ist einfach, wenn auch paradox: *Diese Jungliberalen sind selbst keine Liberalen mehr.* Sie mögen sich selbst dafür halten, aber in Wirklichkeit gehorchen auch sie mehr oder weniger der faschistischen Strömung. Denn sie wollen vor allem den „starken Staat“. Der starke Staat eines Motta, Schultheß, Meyer und so fort! Es ist zum Lachen und Heulen! Starke Einzelne und starke, unabhängige korporative und kommunale Gemeinschaften und *weniger* Staat — das wäre Liberalismus und die wirkliche Notwendigkeit der Zeit. Aber gerade den Berufsorganisationen und dem Wirtschaftsrat räumt der jungliberale Verfassungsentwurf nur eine sehr bescheidene Rolle ein. Dafür soll der „starke Staat“ das Recht haben, seine Auffassungen offiziell in der Presse zur Geltung zu bringen. Liberalismus müßte heute ganz besonders in der Sphäre des *kulturellen* Lebens zur Geltung kommen. Aber gerade hier will der Jungliberalismus dem totalen Staat Konzessionen machen. Nicht liberal ist auch die Beibehaltung jener gegen die römische Kirche gerichteten Verfassungsbestimmungen. In dem aber, was heute unbedingt die Hauptsache sein muß, der Schaffung einer *neuen sozialen Gerechtigkeit*, bleibt der Entwurf bei Halbheiten und Allgemeinheiten. Ueberhaupt sucht man in diesem jungliberalen Programm fast umsonst nicht nur nach dem Liberalismus, sondern auch nach der *Jugend*, das heißt, dem *Neuen*. Die paar Forderungen, die dafür gelten können und von denen die beste die der Gesetzesinitiative auch im Bunde ist, sehen doch allzu sehr aus, wie jene berühmten neuen Lappen, auf ein altes Kleid genäht.

Das Ganze sieht mehr nach einem durch Konzessionen an den Faschismus und Sozialismus geretteten Scheinliberalismus oder auch einem durch Konzessionen an den Liberalismus gemilderten Faschismus aus. Das geplante aber nun fallengelassene Verbot der kommunistischen Partei, ohne das der „Nationalen Front“ oder irgend einer „Front“, zeigt deutlich, unter welchem Zeichen dieser Jungliberalismus steht.

Mir scheint, dieses Programm sei nicht ein Ausgangspunkt, sondern das Ende dieser jungliberalen Bewegung. Die in ihr jetzt noch vereinigten gegensätzlichen Elemente werden gerade in dem Kampf um die endgültige Gestalt der geplanten Totalrevision auseinanderfallen. Ein Teil von ihnen wird nach „links“ abschwenken müssen, wenn er sein Ideal retten will, ein Teil, vielleicht der grössere, wird den Strom des Faschismus verstärken.

Die Katholiken und die Fronten werden natürlich ein von diesem jungliberalen wesentlich verschiedenes Programm aufstellen. Dann müßte es zu einem scharfen Zusammenstoß dieser drei Revisionen kommen und das Ergebnis wäre ein Chaos. Man kann sich aber die Entwicklung freilich auch so denken, daß sich die drei bürgerlichen Bewegungen auf einer mittleren Linie finden, die dann den für uns allein als Gefahr in Betracht kommenden reaktionären Halbfaschismus bildeten und in dieser Form den Kapitalismus und die bürgerliche Welt retteten. Vielleicht ist das der bewußte und unbewußte Sinn der Revisionsbewegung. Nur auf der katholisch-frontistischen Linie hat man überhaupt ein konkretes neues

Programm, während das jungliberale, wie gesagt, so wenig *Neues* enthält, daß es den Riefenaufwand einer Totalrevision wirklich nicht lohnte.

Es tut mir leid, so reden zu müssen. Ich wäre sonst nicht gerade gegen eine Totalrevision, auch wenn ich sie nicht für das Nötigste halte. So aber gilt es auf der Hut zu sein. Was *mir* als Hoffnung vorschwebt, ist, daß aus all dieser Gärung etwas hervorgehe, was nicht Halbfaschismus wäre, sondern eine nach Form und Inhalt wirklich erneuerte demokratische und soziale, ja in einem weiteren und tieferen Sinne sozialistische Schweiz. *Darauf* müßte der Blick aller das Rechte Wollenden gerichtet sein.

Und hier kommt nun entscheidend in Betracht, wie der *Sozialismus* sich weiter entwickelt. Daß er nicht „erledigt“ ist, haben auch bei uns wieder neue Anlässe gezeigt. Nach den Niederlagen in Winterthur und Neuchâtel, die zu solchen wurden, weil man das Ziel zu hoch steckte und sich durch das Schlagwort: „Wir fordern die Macht“ betäuben ließ, kam der viel bedeutendere große Sieg bei den Wahlen in den Berner Großen Rat. Es zeigte sich bei diesem Anlaß wieder in ihrer ganzen Pracht die ganz und gar dem „Klassenkampf“ abgeneigte Gesinnung der bürgerlichen Parteien, die einem Bevölkerungsteil, der vierzig oder mehr Prozent der Wählerschaft repräsentiert, jegliche Teilnahme an der Regierung verweigert, es sei denn, daß er — den Sozialismus aufgebe. Und auch das zeigt sich — das gilt speziell von den Berner Wahlen —, daß es wahrhaftig nicht der Antimilitarismus oder ein sonstiger politischer Radikalismus ist, der die Massen hindert, zum Sozialismus zu stoßen.¹⁾

Der Vorstoß der Reaktion gegen den „Marxismus“ setzt bekanntlich, soweit die Schweiz und Schweizer in Betracht kommen, bei *Nicole* und *Genf* ein. Es ist gelungen, die finanziellen Nöte, worin das bürgerliche Regime Genf zurückgelassen, zu einer Demütigung des sozialistischen zu gestalten. Es mußte, wollte es nicht beim Privatkapitalismus anklopfen, was auch demütigend und zugleich fruchtlos gewesen wäre, sich hilflos an die Eidgenossenschaft wenden und Bedingungen annehmen, die einer finanziellen Bevormundung ähnlich sehen. Die Kapitalfrage, der Kampf mit der Großfinanz, ist für den Sozialismus überall eine Frage von Sein oder Nichtsein.

Die ganze Jämmerlichkeit unseres politischen Bürgertums zeigt sich auch sonst in der Hetze gegen diesen Mann Nicole. Begierig nutzt man einen offenbar ziemlich harmlosen Krawall gegen den Sitz des Genfer Fascio gegen ihn aus. Man verhindert ihn in Pruntrut und St. Immer am Auftreten in einem öffentlichen Lokal oder unter freiem Himmel und *verbietet* ihm letzteres in Biel von der Regierung aus; im Wallis aber geht man so weit, ihm im Namen eines „aktiven Föderalismus“ (für den es wahrhaftig würdigere Ziele gäbe) das Betreten des Kantons zu unterlagen. Neuerdings macht man rasch auch ein bischen in Trotzky-Hetze.

Wichtiger als Wahlen und Nicole-Hetze ist die *innere Haltung* des Sozialismus. Und hier ist in der Berichtszeit wieder Bedenkliches geschehen. Es zeigt sich, daß die von der Mehrheit des Parteivorstandes ausgehende Tendenz zur Kapitulation vor dem Geßlerhut der „Landesverteidigung“ weite Kreise besonders der Funktionäre ergriffen hat. So gelang es neuerdings in Solothurn, sie durchzusetzen. An einigen kleineren Orten (z. B. in Männedorf) gingen sozialistische Anwärter auf Ämter so weit, sozusagen offiziell die „Diktatur des Prole-

¹⁾ Wenn die „Tagwacht“, eine Bemerkung Gerbers im „Aufbau“, die diesen Sinn hat, ins Gegenteil verfälschend, ihren Lesern vorlügt, die „Miesmacher“ Ragaz, Gerber und Konforten wünschten im Grunde, die Sozialdemokratie verliere, so beweist sie nur, wie sehr Gerber Recht hat, wenn er die Gefahr nicht außerhalb, sondern innerhalb des Sozialismus sieht. Sie liegt u. a. in dem Geiste, den die „Tagwacht“ vertritt. An *dem* müßte die Frucht aller Wahlsiege zunichte werden.

tariates“ und die „Ablehnung der Landesverteidigung“ abzuschwören. Aber direkt ein Skandal — man kann es beim besten Willen nicht anders nennen — sind die Vorgänge am Kongress der *Eisenbahnergewerkschaft*. Hier muß der von uns bisher sehr geschätzte Generalsekretär Bratschi sich zu der ganz und gar haltlosen Behauptung haben hinreißen lassen, man habe von der Partei aus den Kampf gegen die Lex Häberlin mit den Mitteln der *Unwahrheit* geführt. Es dürfte Bratschi schwer fallen, dafür auch nur den Schein eines Beweises beizubringen. Und erst Professor Marbach (dessen Schrift: „Gewerkschaft, Mittelstand, Fronten“ viel Gutes enthält) —, er verstieg sich zu der tadelnden Nebeneinanderstellung der Ablehnung der „Landesverteidigung“ mit einer Hinneigung zur Gottlosenbewegung. Soweit sind nicht einmal die Kriegspaffen gegangen! Genosse Marbach, ich denke, es sei umgekehrt so, daß der ganze Götzendienst, der nun mit der „Landesverteidigung“ durch Maschinengewehre und Kanonen getrieben wird, von Gottlosigkeit zeugt. Noch skandalöser als diese Vorgänge wäre es freilich, wenn die Mitteilung bürgerlicher Zeitungen richtig wäre, daß eine Petition mit etwa hundert Unterschriften von Parteigenossen, darunter denen von Obergerichter Lang und Stadtpräsident Klöti, an den Parteivorstand gelangt sei, mit der Aufforderung, so rasch als möglich einen Parteitag einzuberufen und ihm die vorbehaltlose Zustimmung zur Landesverteidigung vorzuschlagen. Das wäre Kapitulation vor dem Bürgertum in optima forma. Von allen Seiten tönt es ja jetzt: „Endlich, endlich ein Bekenntnis zur Demokratie und zur Landesverteidigung, und alles sei vergessen!“ Auch die Völkerbundsvereinigung öffnet um diesen Preis der Arbeiterchaft die Arme. Und Minger hat in Rorschach von einer Volkspartei der Bürger, Bauern und Arbeiter geredet, die miteinander auf dem Boden der „Landesverteidigung“ stünden.

Gewisse neuerliche Vorgänge im Militär sollten aber denen, die von einer „Armee der Demokratie“ träumen, doch die Augen endlich geöffnet haben. Da ist einmal der Fall Thoma, die Ausschließung des angehenden Generalstabsoffiziers und st. gallischen Kantonsrates Thoma aus der Armee wegen „eines Offiziers unwürdigem Lebenswandel“, was bedeuten will, wegen seiner Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei. Die Armee enthüllt sich darin doch deutlich als eine Waffe im Klassenkampf, und zwar in der Hand des Bürgertums. Denn was ginge sonst die politische Stellung eines Mannes die Armee an? Aber wenn man in diesem Falle denken wollte, das beziehe sich doch nur auf die Kommunisten, so überlege man die nicht dementierte Mitteilung, daß Oberst Bircher sich mit frontistischen Offizieren in Beziehung setzen mußte, weil unsicher zu sein schien, ob sie gegen — Frontisten ihre Pflicht tun würden? Und sollten Sozialisten wirklich so verblendet sein, nicht zu merken, warum man von allen Seiten sie gerade von diesem Punkte, dem Antimilitarismus, abbringen will?

Man will damit die Arbeiter vom Sozialismus weglocken. Wenn es in diesem Punkte gelingt, denkt man, wird es auch in andern gelingen. Er wird zuletzt ganz vernünftig werden. Dabei wird dieser Militarismus, in dessen Dienst man auch den Sozialismus stellen will, immer anspruchsvoller, immer hemmungsloser. Nun soll auch der Rekrutenkurs verlängert, soll die Arbeitsbeschaffung militärischen Zwecken unterworfen, soll der Festungsbau neu an die Hand genommen, der „Luftschutz“ in Angriff genommen werden. Und in all diesen Trug, der mit einer schweren Gerichtskatastrophe enden wird, soll der Sozialismus mit hineingezogen werden? Es wäre sein sicherer Untergang.

Summa: Die Schweiz hat eine Erneuerung bitter nötig, aber eine vom Pfingstgeist her.

Der abgeschlagene Vorstoß gegen die antimilitaristischen Pfarrer!

Aus technischen Gründen sind die „Neuen Wege“ nicht dazu gekommen, sich unmittelbar vor der Abstimmung oder unmittelbar nachher zu den Zürcher Pfarr-

wahlen zu äußern, bei denen eine militaristisch-frontistische Gruppe die Wegwahl der „antimilitaristischen“, d. h. religiös-sozialen Pfarrer versuchte. Seit langem hatte man diesen Feldzug vorbereitet oder auch zum Teil schon eröffnet. Besonders war gegen Pfarrer Paul Trautvetter in Höngg in den bürgerlichen Blättern, in der „Zürcher Volkszeitung“, der „Neuen Zürcher Zeitung“, und in Lokalblättchen ein Kampf geführt worden, der auch von dem Mittel der persönlichen Verleumdung Gebrauch machte, ja es mit einer solchen noch im letzten Augenblick versuchte und sich überhaupt jeder Rücksicht auf die Wahrheit entschlag. Besonders hatte die Broschüre über den 9. November, dieser dicke Strich durch die Rechnung der Reaktionäre, eine immense Wut gegen ihre Verfasser und Unterzeichner erregt. Es schien nicht allzu schwer zu sein, diese vermeintlich isolierten Männer zu treffen. Dabei war die Aktion jedenfalls als ein erster Stoß gedacht, der dann weitere, gegen die sozialistischen Lehrer und Beamten gerichtete, folgen sollten.

Und nun das Ergebnis? Die angefochtenen Pfarrer (es handelte sich neben Trautvetter in Zürich-Höngg vor allem um Koba in Zürich-Oerlikon, Lejeune in Zürich-Neumünster und Bachmann in Zürich-Wiedikon) sind glänzend wiedergewählt worden, mit doppelter, dreifacher, sechsfacher Mehrheit (besonders glänzend gerade der am meisten angefochtene), während ein des „Frontismus“ Verdächtiger beinahe weggewählt worden wäre. Auch anderwärts wurden die religiös-sozialen Pfarrer mit sehr großer Mehrheit wieder gewählt.

Sehr hervorzuheben ist, daß mit einer Ausnahme, die zufälliger Natur ist, alle Kirchenpflegen zu den angefochtenen Pfarrern standen, ganz besonders die von Höngg, und daß auch der kantonale Kirchenrat die Offiziersgesellschaft, die ihn gegen Trautvetter mobilisieren wollte und das für eine selbstverständliche Sache hielt, abblitzen ließ. Von den Kollegen der Angefochtenen und andern Vertretern der Kirche hätten Naive allerdings ein ritterliches Wort des Einstehens für die Angefochtenen in der Öffentlichkeit erwartet, aber Ritterlichkeit wäre ja feelengefährlicher „Titanismus“!

Das Ereignis hat eine Bedeutung, die noch weit über den kirchlichen Rahmen hinausreicht. Es zeigt wieder einmal ganz klar, daß hinter all dem Geschrei von der „Landesverteidigung“ im Sinne eines Kultus des Militärgötzen gar nicht die Masse des Volkes steht, sondern bloß eine Clique von Interessierten, die aber an der großen Glocke der Presse steht. Das große Volk liebt vielmehr Pfarrer, die gegen den Militärmoloch wie gegen die Geldherrschaft und andere Götzenherrschaften in klarer Sprache und Haltung Christus vertreten. Vertrauet darauf! Und bedenket, ihr Nutznießer reaktionärer Konjunktur: Es ist nicht aller Tage Abend!

Zivildienst 1934.

Am 18. Juni beginnt ein Zivildienst in Santa Maria im Münstertal, Kanton Graubünden. Fritz Wartenweiler bekam eine Anfrage durch das dortige Pfarramt zu Anfang dieses Jahres, ob der I. Z.-D. bereit wäre, eine sehr dringende Rufe-Verlegung diesen Sommer dort durchzuführen. Letzte Woche hat der Schreiber dieser Zeilen diese Aufgabe in Santa Maria besichtigt und ist der Meinung, daß diese Arbeit für den Zivildienst wie gemacht ist und auch von Nichtfachleuten gut durchgeführt werden kann. Gemeindevorstand und Bezirksingenieur sind uns wohl gesinnt, Herr Pfarrer Filli ein Freund unserer Bewegung. Es ist der Gemeinde finanziell nicht möglich, eine Verbauung durchzuführen, wie das Kanton und Bund in soliden Steinmauern gewöhnlich tun. Eine solche Mauer würde mindestens 100,000 Franken kosten, woran die Gemeinde 40,000 Franken übernehmen müßte. Sie hat an anderer Stelle vor zehn Jahren für einen solchen Schutz Tausende von Franken bezahlt und kann jetzt im besten Fall 10,000

Franken zur Verfügung stellen. Die jetzt das Dorf und Kulturland bedrohende Rufe hat in ihrem unteren Teil das gegebene Bachbett aufgefüllt mit Geschiebe und die Behörden sind der Ansicht, daß ein Ausheben keinen Wert hat, da in einigen Jahren die gleiche Arbeit wieder zu machen wäre. Deshalb soll dem Wildbach eine neue Richtung an geeigneter Stelle gegeben werden, ein starkes Gefälle soll dafür sorgen, daß das Geschiebe durch das Wasser möglichst in den großen Rambach hinunter geführt werde. Zu diesem Zweck soll durch einen Erlen- und Lärchenwald ein neues Bachbett gegraben werden mit einem Naturdamm gegen die Dorfseite. Die gefälltten Lärchen sollen dazu dienen, diesen Damm durch einen Unterbau zu verstärken, nachher soll eine Bepflanzung mit Erlen die Verwachsung ermöglichen. Die Länge ist etwa 700 Meter, der obere Anschluß an bestehende Mauern wird durch Fachleute ausgeführt. Die Situation ist so, daß, wenn beim nächsten Unwetter der Bach heraustritt, schönes Kulturland und die südlichen Häuser des Dorfes in Gefahr sind.

Das Komitee des I. Z.-D. hat beschlossen, der Zürcher Gruppe diese Aufgabe zuzuweisen. Wir freuen uns über dieses Vertrauen und hoffen, es nicht zu enttäuschen, dazu ist die ideelle und materielle Hilfe aller Freunde nötig. Wir haben auch in der Gestaltung volle Freiheit und wollen nun der körperlichen Arbeit jeden Tag auch eine Stunde geistige Arbeit einschließen. Die Handarbeit soll $7\frac{1}{2}$ Stunden betragen, nach dem Frühstück eine Stunde „Volkshochschule“. Für die ersten vier Wochen hat diese Aufgabe Albert Senn, der Mitarbeiter von F. Wartenweiler, übernommen. Gemeindeabende und Diskussionen sollen zwei- bis dreimal pro Woche stattfinden, am Sonntag vor der Kirchenzeit eine gemeinsame Feierstunde. Bei schönem Wetter werden gemeinsame Touren gemacht (Paß mitbringen!), in solcher Einteilung, daß wir am Montagmorgen doch frisch und erquickt durch die herrlichen Berge unsere Arbeit wieder aufnehmen können.

Die Fahrt nach Santa Maria durch den ganzen Kanton Graubünden und über den Ofenbergpaß ist einzig schön, sie geht auch mitten durch den Nationalpark. Das Gebiet um Santa Maria ist hochalpin, das Münstertal von einer Lieblichkeit, die jedem bekannteren Tale gleichkommt. Die Hauptsprache ist romanisch, aber jedermann versteht auch deutsch. Für die Unterkunft steht uns das Schulhaus zur Verfügung; bereits hat sich eine Schwester bereit erklärt, für den ganzen Dienst — er dauert voraussichtlich bis Mitte September — die verantwortliche Küchenleitung zu übernehmen. Das notwendige Werkzeug wird uns von der Gemeinde und vom Kanton zur Verfügung gestellt. Der weite Transport wird die Kosten für unsere Verpflegung erhöhen, *deshalb werden wir für Sendungen aller Art sehr dankbar sein.* An die sehr hohen Reisekosten sind uns Ermäßigungen in Aussicht gestellt, die Z.D.-Kasse wird bei 12 Arbeitstagen dieselben übernehmen, wer aber einen persönlichen Beitrag geben kann, soll es tun, die wunderbare Reise dahin ist es schon wert!

Bedingungen: Jeder Teilnehmer muß sich beim Sekretariat Service Civil International in Gland, Vaud, anmelden, *ohne Einberufung wird niemand angenommen.* In der Regel soll jede Anmeldung von einem ärztlichen Zeugnis begleitet sein (in Zürich kostenlose Ausstellung durch die medizinische Poliklinik, Schmelzbergstraße 4, Sprechstunden Werktags 8—10 Uhr). Freiwillige unter 18 Jahren werden nur ausnahmsweise angenommen. Unsere Statuten müssen jedem Teilnehmer bekannt sein; für die Durchführung dieser Aufgaben setzen wir den rechten Geist und festen Willen voraus. Jeder soll angeben, wann und wie lange er mitzuarbeiten wünscht, wenn möglich mindestens zwei Wochen. Jeder wird sich, sobald er die Einberufung erhalten hat, verpflichtet halten, auf die angegebene Zeit einzurücken und auszuhalten. Immerhin bleibt das Recht des Arbeitleiters für vorzeitige Entlassung gewahrt. Die Arbeit ist körperlich anstrengend, kann aber bei guter Gesundheit und normaler Körperkraft geleistet werden, so weit als möglich wird auch bei schlechtem Wetter gearbeitet.

Alle Teilnehmer sind kollektiv versichert gegen Arbeitsunfall, das Risiko für Krankheit und andere Gefahren tragen alle selber. Außer den Transportkosten werden keine Entschädigungen geleistet. Strohfäcke und Wolldecken sind vorhanden, jeder soll für sich Betttücher oder Schlaffack mitbringen. Dazu starke Arbeitsschuhe, gute Arbeitskleider, Leibwäsche und Toilettesachen — leichtes Gepäck! Dazu einen eventuellen Vortrag über ein beliebiges Gebiet, nicht daß dann alle wieder sagen: „Ich habe alle meine Bücher zu Hause!“ Für das Flicken und Waschen hat jeder selbst zu sorgen.

Selbstverständlich sind gute Kameradschaft und gesunde Fröhlichkeit auf dem Arbeitsplatz und im Kantonement. Jeder unterzieht sich einer strengen Disziplin und den Weisungen des Arbeitsleiters, Pünktlichkeit, Ordnung, Sorge zum Material. Der Alkohol ist auf dem Arbeitsplatz und im Kantonement ganz ausgeschlossen.

Möglicherweise — bei genügend Anmeldungen — findet zu gleicher Zeit ein Dienst in *Les Ormonts* statt. Wer nach Santa Maria will, kann das auf der Anmeldung bemerken, wünschen möchten wir, daß jeder bereit ist, dahin zu gehen, wo es vom Sekretariat als notwendig erachtet wird. Was in *Les Ormonts* — unserm ersten Zivildienstplatz — zu tun ist, darüber wird Eugen Lyrer berichten, ebenso über die Dienste in England und Pierres gegenwärtige Reife nach Indien. Nötig ist, daß jeder kommt, der es irgendwie ermöglichen kann. Wir werden gerne auch Arbeitslose berücksichtigen, auf keinen Fall wollen wir aber nur ein Arbeitslager sein — das ist wieder eine andere notwendige Aufgabe —, sondern einen richtigen Zivildienst, und das kann nur bei intensiver Propaganda und tatkräftiger Mitwirkung jedes einzelnen erreicht werden.

Für Propagandavorträge, Lichtbilder, Clichés und Photographien wende man sich bitte direkt an Ernst Maier, Amerbachstraße 47, Basel.

Freunde, die dieses Jahr nicht selbst aktiv am Dienste teilnehmen können, machen wir besonders auf unser Spendenkonto aufmerksam: „Service Civil International V 9672“, Basel. (Mit dem Vermerk: Für Zivildienste 1934.)

Für die Zürcher Gruppe des Internationalen Zivildienstes:

Clara Grotz. Wolf Schwemmer.

Von Verstorbenen. Es sind vier sehr verschiedene Menschen, denen diesmal ein Wort des Gedenkens gewidmet wird. Da ist *Otto Baumgarten*, der Professor der Theologie in Kiel, der kampfreiche theologische Recke. Vor wenigen Monaten noch ist der durch die neueste Wendung der deutschen Geschichte hart Betroffene unser Gast gewesen und haben wir miteinander diese Geschicke besprochen. Nicht immer waren wir so einig wie hierin. Wir Religiös-Soziale haben ihn wegen seiner neulutherischen, auf der Linie Naumanns wandelnden Kriegstheologie seit langem „auf dem Striche“ gehabt und mit ihm deswegen Aergerliches erlebt. Aber für Deutschland war das, was uns ärgerte, noch gemäßigt. Und Eins muß man von diesem Manne sagen, was man immer weniger zu sagen Anlaß hat: Er war ein Mann von unbedingter Ehrlichkeit und Tapferkeit. Darum nannte er sich selbst zuletzt einen „Unmöglichen“. Aber solche „Unmöglichkeiten“ geben dieser an der Lüge und Feigheit sonst verfaulenden Welt die Möglichkeit zu leben. Und schon darum werden wir ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren. Er war aber in *sozialen* Dingen, im engeren Sinne des Wortes, weitgehend unser Gefinnungsgenosse.

Ein Kämpfer war auch der *Erzbischof Franz Kordae* von Prag. Als fast Achtzigjähriger hat er, wie einige Leser vielleicht noch wissen, den Mut und die Kraft und die Klarheit gehabt, über die soziale Frage in einem Hirtenbrief äußerst revolutionäre Dinge zu sagen, die in dem Satze gipfelten, daß, wenn nicht Einsicht und Umkehr erfolge, Europa in einem roten Meer von Blut und Feuer unter-

mich, coûte que coûte, das in diesen alldeutschen Kreisen gegen Professor Förster übliche Verfahren angewendet werden: meine ganze Haltung sei auf Bestechung zurückzuführen. Das „gewollt“ erscheint in dem ganzen Zusammenhang als wahrscheinlich. Schade ist nur, daß nicht auch gerade gesagt wird, wie viel Tantiemen ich jährlich von Schneider-Creusot und vielleicht auch von den Skodawerken beziehe!

Nun, das wäre ja bloß zum Lachen. Ich schätze nicht einmal die Leser der „Schweizer Monatshefte“ so niedrig ein, daß sie dergleichen von mir glaubten. Aber die Tatsache mußte doch ins Licht gestellt werden, daß eine solche Schufferei unter uns möglich ist, wie dieses Stück eines baslerischen Methodistenpredigers. Und ich sage diesem: Herr Prediger Lienhard, jeder Gang zur Kanzel, den Sie mit dieser Niederträchtigkeit auf dem Gewissen tun, wird Ihnen zum Gericht.

Leonhard Ragaz.

Verdankungen.

Mit warmem Dank zeigen wir den Empfang folgender Gaben für unsere Emigriertenkasse an:

Von A. B. in Z. für B. A. 50.—; von E. T. in B. 100.—; von B. B. in W. 2.—; Kindern L. in K. 10.—; A. H. in G. 5.—; Ungen. in Z. 5.—; Ungen. in Z. 5.—; A. H. in A. 50.—; Sektion Stäfa der I. F. F. F. 10.—; Ungen. in Z. 10.—; E. M. in Z. 10.—; Ungen. in Z. 100.—; H. N. in Z. 50.—; Ungen. in L. 7.50; Frau L. z. Zt. in Z. 20.—. Total Fr. 484.50.
L. u. C. Ragaz.

Berichtigungen. Im *Maiheft* sind einige arge Druckfehler zu berichten. S. 217, Z. 6 v. unt. muß es heißen „das *englische*“ (statt das „*französische*“) Bündnis; S. 225, Z. 17 v. ob. „*Italien*“ (statt „*Polen*“). Ferner muß es heißen: S. 231, Z. 6 v. oben „*etwa durch*“ (statt „*etwa*“); S. 242, Z. 20 v. unt. „*wird verlassen*“ (statt „*verlassen*“); S. 244, Z. 3 v. unt. „*bildete*“ statt „*bildeten*“. Und so fort. Ich werde nicht alles entdeckt haben.

Redaktionelle Bemerkungen.

Die Rubrik „*Zur Weltlage*“ ist wieder zu stark angeschwollen. Trotzdem das in der Natur der Dinge liegt (da eben jetzt in einem Monat oft mehr geschieht, als sonst in einem Jahre), so bin ich entschlossen, das um jeden Preis zu ändern, um mehr Raum für anderes zu gewinnen. Man wird aber bemerken, daß diesmal viel *Grundsätzliches* in dieser Rubrik steht und auch sonst einiges sehr gut anderwärts im Hefte stehen könnte, das aber vielleicht doch am sinnvollsten in diesem ganzen Zusammenhang erscheint.

Das *Juli- und Augustheft* soll wieder zusammengezogen werden und anfangs August erscheinen.

Zweck und Mittel.

Der Zweck muß im Mittel schon ausgeführt und verwirklicht sein.

Lasalle.

Stark fein.

Man muß es nötig haben, stark zu fein, sonst wird mans nie.

Nietzsche.